

Wochenblatt für Wilsdruff

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.

Bezugspreis vierteljährlich 1,35 M., in Wilsdruff 1,30 M., durch die Post bezogen 1,54 M.

Druckerei Nr. 6. — Telegramm-Adresse: Amtsblatt Wilsdruff.

und Umgegend.

Inserate werden Montag, Mittwoch und Freitag bis spätestens 12 Uhr angenommen.

Inserationspreis 15 Pf. pro viergespaltene Zeilenzeile. Außerhalb des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff 20 Pf. Zeitranbieter und tabellarischer Satz mit 50 % Aufschlag.

Amtsblatt

Für die Kgl. Amtshauptmannschaft Weißig, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Localblatt für Wilsdruff,

Altanneberg, Birkenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Burkhardswalde, Großsch, Grumbach, Grund bei Rohorn, Helbigsdorf, Pörschwald mit Wandsberg, Pörschwald, Kaufbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Limbach, Lohsen, Rohorn, Müllig-Rohrsch, Ranzig, Reuthen, Reutanneberg, Niederwartha, Oberbernsdorf, Rohrsdorf, Röhrsdorf bei Wilsdruff, Rotzig, Rotzschänderg mit Berne, Sacksdorf, Schmiedewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Rohorn, Seeligstadt, Spechtshausen, Tautenheime, Ufersdorf, Welckropp, Wilsberg.

Mit der wöchentlichen Beilage „Welt im Bild“ und der monatlichen Beilage „Unsere Heimat“.

Druck und Verlag von Arthur Schulte, Wilsdruff. Für die Redaktion verantwortlich: Arthur Schulte, Wilsdruff.

No. 17.

Dienstag, den 8. Februar 1910.

69. Jahrg.

Bekanntmachung, die König Albert-Stiftung betreffend.

Am 23. April d. J. haben stiftungsgemäß die Räten der unter der Verwaltung des Stadtgemeinderates stehenden König Albert-Stiftung an einen evtl. auch zwei Bewerber, in letzterem Falle je zur Hälfte, auf ein Jahr zur Verteilung zu kommen.

Zweck der Stiftung ist: Beschäftigen, würdigen und bedürftigen Gewerbsarbeitslosen und Handwerkslehrlingen, die Schöne hiesiger Bürger sein und die hiesige Volksschule mindestens vier Jahre lang besucht haben müssen, zu ihrer weiteren Ausbildung bare Geldbeiträge aus den Zinsenerträgen der Stiftung zu gewähren.

Etwaige Bewerber haben in ihrem schriftlich anzubringenden Gesuche anzugeben, wo und in welcher Weise sie sich in ihrem Handwerke weiterbilden wollen. Hierbei er-

halten solche Personen den Vorzug, die eine Fachschule besuchen und während dieser Zeit in ihrem Gewerbe nicht gegen Entgelt tätig sein können.

Auswahl unter den Bewerbern steht dem Stadtgemeinderate zu.

Wir geben solches hiermit bekannt und fordern zur alsbaldigen und längstens

bis zum 28. dieses Monats

zu bewirkenden Einreichung von Bewerbungsgesuchen, die durch Zeugnisse der Behörden u. über die Befähigung der Bewerber, sowie ev. durch behördliche Zeugnisse über die Würdigkeit und Bedürftigkeit unterstützt sein müssen, auf.

Wilsdruff, am 4. Februar 1910.

Der Stadtgemeinderat, radenberger.

Neues aus aller Welt.

Das Elektrizitätswerk in Thum (Erzgebirge) ist vollkommen niedergebrannt.

Die neuen Reichs- und Preussischen Anleihen sind um mehr als 200 Millionen Mark überzeichnet worden.

Die schlechte Lage in der deutschen Anstaltskartenindustrie veranlaßt verschiedene Fabrikanten zur Ueberführung nach Amerika.

Die Verhandlungen Rhuen-Deberbarys mit der Verfassungspartei haben noch zu keinem Resultat geführt. Dem Ministerpräsidenten erwachsen große Schwierigkeiten. Der Reichstag wird am Dienstag infolge der Obstruktion der Slowenen vertagt werden.

Der französische Minister des Auswärtigen teilte im Ministerrat mit, daß seine Vorschläge in Sachen des griechisch-türkischen Konfliktes zu einer Einigung in Petersburg, London und Rom geführt haben.

Durch den Brand der Eisenbahnwerke von Baylis in Wolverhampton (England) sind 3000 Arbeiter brotlos geworden.

In der russischen Artillerieverwaltung sind neue große Unterschleife entdeckt worden.

Sämtliche rumänische Kabinettsmitglieder erhielten Drohbriefe, in denen ihnen der Tod durch Erschießen angekündigt wird.

Durch ein Großfeuer wurden in Jassy (Rumänien) 98 Häuser eingeschert.

In Heliopolis (Ägypten) wurde vorgestern die aviatische Woche eröffnet.

In Somaliland sind neue Unruhen ausgebrochen und viele Engländer getötet worden.

Durch ein Großfeuer in New York, das die Medizinvorräte für die Vereinten Staaten-Armee heimlich, wurde ein Schaden von über 12 Millionen Mark angerichtet.

Die chinesische Regierung will die Mächte ersuchen, die Takasforts wiederherstellen zu lassen.

Politische Rundschau.

Wilsdruff, den 7. Februar.

Deutsches Reich.

Ein neues deutsches Armeekorps?

Der Pariser „Temp“, der bekanntlich zur französischen Regierung gute Beziehung besitzt, bringt die Meldung, daß in Eliaß-Lothringen ein neues deutsches Armeekorps errichtet werden soll, das die Nr. 20 erhalten und zum Teil aus Truppenteilen formiert werden wird, die jetzt in den Reichslanden in Garnison stehen. Bei der heutigen Finanzlage des Reiches dürfte es mit der Durchführung dieses Planes noch gute Weile haben.

Der preussische Wahlrechtsentwurf

ist veröffentlicht worden. Er behält das Klassensystem und die öffentliche Abstammung bei und sieht vor: Direkte Wahl durch Zählung der abteilungsweise in den Wahlbezirken abgegebenen Stimmen für den ganzen Wahlbezirk, Verkürzung der Wählerzahlen der oberen Abteilungen durch Nicht-Ärrechnung des 5000 M. übersteigenden Steuerbetrags sowie durch Berücksichtigung von Bildung, Berufserfahrung und öffentlicher Tätigkeit bei der Abteilungsabteilung.

Regier-Zeitungen in den Kolonien.

In Deutsch-Ostafrika gibt es, wie die „Egl. Ndsch.“ mitteilt, zurzeit nicht weniger als sechs Zeitungen für

Eingeborene. Eine siebente ist im Entstehen. Die Blätter werden von den Missionsgesellschaften herausgegeben, nur eine gibt die Regierungsschule in Tanga heraus. Daß diese Blätter auch eine hübsche Aufzählung haben, ist ein Beweis dafür, daß sich unter den Eingeborenen europäische Kultur immer mehr zu verbreiten anfängt. Die Blätter erscheinen in der Sprache der einzelnen Stämme.

Ausland.

Antiösterreichische Kundgebung.

In Triest fand kürzlich nachts zugunsten des italienischen Schulvereins ein Maskenball statt, dem auch der Bürgermeister von Triest sowie der italienische Generalkonsul beiwohnten. Zahlreiche kostümierte Personen erschienen in der italienischen Tricolore. Die Triester Polizei schritt ein und wollte die Abnahme der Tricolore veranlassen. Dadurch kam es zu einem ernstlichen Zusammenstoß zwischen den Italienern und der Triester Polizei, wobei ein Polizist schwer bedrängt wurde, daß er den Säbel ziehen mußte. Als die Besucher des Balles an dem Theater vorbeikamen, schlossen sich die Besucher des letzteren ihnen an und es kam erneut zu heftigen Kämpfen. Nur durch ganz energisches Vorgehen gelang es der Polizei, die Ordnung wieder herzustellen.

Rücktritt des Banus von Kroatien.

Dem neuen ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Rhuen-Deberbary ist es gelungen, einen vorläufigen Frieden mit den Kroaten zu schließen. Der Banus von Kroatien, Baros Rauch, überreichte am Freitag dem Kaiser seine Demission. An seine Stelle tritt der frühere Minister Tomassic.

Die abnehmende Verbreitung der französischen Sprache

wird in der französischen Presse mit Bedauern konstatiert. Das liegt zunächst einmal an dem Bevölkerungsrückgang Frankreichs, dann daran, daß die französische Sprache keine Handelsprache wurde, sondern darin von der englischen und deutschen weit überholt wurde. Allerdings können sich die Franzosen damit trösten, daß ihre Sprache die des diplomatischen Verkehrs ist.

Der Schurkenstreich eines russischen Polizeibeamten.

Nur mit großer Mühe und Not ist es gelungen, die Unschuld einer Anzahl deutscher Kolonisten in Südrussland zu beweisen, die dank der Gewissenlosigkeit eines russischen Polizeibeamten beinahe gehängt worden wären. Die Geschichte trug sich folgendermaßen zu: Im April 1908 wurde der Polizeibeamte von Quidiogol, nahe bei Dneff, in die nächstgelegene deutsche Kolonie entsandt, um fällige Abgaben einzutreiben. Sijezak — so ist der Name dieses Wästerbeamten — begann seinen Dienst mit einem reichen Mann und der nötigen Ration Wodka. Nachdem er sich mehr als genügend gestärkt hatte, interessierte ihn nur noch das „Weib“, und er gab Befehl, ihm sofort eine Deutsche — jung und hübsch sollte sie sein — zur Stelle zu schaffen. Keiner der Kolonisten hatte Lust, der „Drigkeit“ gefällig zu sein, das „Weib“ blieb aus. Herr Sijezak war nun ober nicht gewillt, zu verzichten. Er wurde zudringlich gegen die Frau des Gastwirts und zertrümmerte, als er bei ihr kein Entgegenkommen fand, die ganze Einrichtung der Gaststube. Niemand konnte ohne Lebensgefahr in seine Nähe dringen. Als er sich ausgetobt hatte, befahl er, die Gastwirtschaft zu schließen, ging ins Dorf und versuchte, in die Häuser

der deutschen „Revolutionäre“ zu dringen. Schließlich erteilte er den Befehl, einige der Kolonisten ins Gefängnis zu schleppen. Die unschuldigen Dorfbewohner gerieten nun in Verzweiflung, taten sich zusammen und verprügelten den Beamten. Als Sijezak am nächsten Tage mit schwerem Kopfe und schmerzenden Rücken aufwachte, betrachtete er die ganze Angelegenheit als „revolutionären Aufstand“ der deutschen Kolonisten und stützte in diesem Sinne Bericht an seine Vorgesetzten ab. Es kam zum Prozeß, und da über das Gouvernement damals der Kriegszustand verhängt war, gelangte die Sache vor das Kriegsgericht, das sämtliche sechzehn Angeklagte zum Tode durch den Strang verurteilte. Beherzte deutsche Kolonisten traten nun mit der Wahrheit hervor, erklärten ihre Stammesgenossen für unschuldig und drohten, bis zur höchsten Instanz zu gehen. Sijezaks Niedertracht kam ans Licht, das Urteil des Kriegsgerichts wurde aufgehoben, und die Kolonisten erhielten nur vierzehn Tage Arrest. Dieser Tage nun wurde der Polizeibeamte Sijezak von der Odesaer Gerichtskammer wegen seines empörenden Betragens zu acht Monaten Gefängnis verurteilt, viel zu wenig für einen Beamten, durch dessen Schuld beinahe sechzehn Menschen ihr Leben eingebüßt hätten.

Deutscher Reichstag.

29. Sitzung vom 3. Februar.

Am Bundesratsstische: Dernburg, v. Lindquist.

In dieser Sitzung wurde zunächst die Genehmigung zur Strafverfolgung des Bestraumsabgeordneten Berkenberger erteilt und dann die Aussprache über den Kolonialetat fortgesetzt.

Als erster Redner polemisierte Herr Lattmann gegen die Sozialdemokraten, die aus den Denkschriften sich nur das herausgepickt hätten, was man gegen die Kolonien verwenden könne. Er sprach die Hoffnung aus, daß Gouverneur Schudmann dem Kolonialdienste erhalten bleiben möge. In Erwiderung einiger Anfragen aus voriger Sitzung sprach Unterstaatssekretär Lindequist über Kleinstebedelungen in Südwestafrika und betonte, daß man von einem Scheitern des Versuches noch lange nicht reden könne.

Dann hielt Abg. Noske seine angekündigte Rede, in der er die Haltung seiner Partei in kolonialen Fragen in nicht sehr überzeugender Weise zu rechtfertigen suchte. Eine kleine Kulturkampfsdebatte entspann sich, als Herr Erzberger das Verhalten des Bischofs von Samoa zu rechtfertigen suchte, der den Kindern den Besuch einer Simultanschule verboten hatte, und die lächerliche Behauptung aufstellte, daß das keinen Uebergriff bedeuete. In seiner Antwort ließ sich Herr Dernburg auf die grundsätzliche Seite der Frage klugerweise nicht ein, sondern begnügte sich nochmals unter lebhaftem Beifall und Hört, hört! des Hauses zu konstatieren, daß der Bischof den katholischen Kindern den Besuch der Regierungsschule verboten und sie mit Exkommunikation bedroht habe, wenn sie nicht gehorchen wollten, was zweifellos über den Begriff der Bekehrtheit hinausgehe und gegen die Parität verstoße. Im Anschluß an diese Feststellung kündete er die Entsendung deutscher Missionare nach den Kolonien an und polemisierte im übrigen gegen Herrn Noske, was den gefährlichsten Kolonialredner des Hauses, den Sozialdemokraten Ledebour, auf die Tribüne rief, der sich aller Wohnhaft gemäß in kolonialen Uebertreibungen erging. Nach einigen kurzen Ausführungen des nationalliberalen Abg. Dr. Arning über die Fragen der Deutschen Kolonial-